Textilarbeiter=Jeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Berlag Helnr. Fahrenbrach, Duffelborf, Floraftr. 7, Tel. 127 92 . Druck u. Berfand Joh. van Acken, Krefeld, Luth. Kirchfir. 65, Tel. 246 14 . Bestellungen durch die Bost für den Monat 1 .- R.

Nummer 25

Düsseldorf, den 20. Juni 1931

Versandort Krefeld

Notverordnund

M. Ueber den Ernst der gegenwärtigen wirtschaftlichen und staatspolitischen Situation in Deutschland ist sich wohl kaum noch ein Mensch im Unklaren. Bon den Wahnahmen der Reichsregierung zur Aufrechterhaltung der Jahlungssfähigkeit des deutschen Reiches und zur Sanierung der Staatssinanzen hängt nicht mehr und nicht weniger als die Existenz und Jukunft des deutschen Bolkes überhaupt ab. — Niemand, der sich nicht bewußt die sen Tatsachen verschließis, nann den ehrlichen Willen und das selbstlose Bestreben des Reichskanzlerz zur Ueberwindung der deutsichen Staats, und Wirtschaftskrise leugnen wolsen. Rit einer beispiellosen Berantwortungsbereitschaft und Aufsopferung für das Gesamtwohl seht sich Brüning seit Mosnaten ohne Rücksicht auf persönliche Interessen oder polistische Bopularität für dieses Ziel ein. Nur wer sich einen Wegriff von den Semmnissen und Widrigkeiten, die ihm im Wege stehen, machen kann, vermag die Bedeutung dieser Bemühungen des Reichskanzlers zu erkennen und zu ermessen, welche Opfer an Energie und Hingabe sie ersordern.

kuch das neue Notprogramm der Reichsregierung steht unter dem Kennzeichen dieser politischen und wirtschaftlichen Hemmnisse und Gegensählichkeiten, zwischen die sich der Reichskanzser mit seinem Samierungswerke gestellt sieht; es ist das Produkt verzweiselter Komprosmisse und trägt ihr Gesicht. Dem Bestreben Brünings, a I e Teile und Schichten des deutschen Volkes in gleicher Weise zu einem neuen gemeinlamen Opser heranzuziehen, einstlußreicher Gruppen begegnet. Das Prinzip der so zisal en Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs ist wiederum abgebogen und in einseitige Belastung der wirtschaftlich und sozial Schwachen verkehrt worden. Alle Anserkennung und Hochachtung des ehrlichen zuten Willens des Reichskanzlers kann diese Feststellung nicht verhinsdern: Die Notverordnung der Keichsregies wirk ung den Boraussekungen eines alls gemeinen sozialsgerechten Volksopsers nicht. Sie wälzt erneut die Last auf die Schultern der Wassen volken, der Arbeitnehmerschaft au auf jenen Teil des deutschen Bolkes, der ohnehin seit Jahren am schärsten von der Wirtschaftsnot betroffen und zum Opsern gezwunsgen worden ist. Das ist keine Behauptung, die von einem kurzsichtigen Interessenis, das sich aus der klaren sochlichen Rrüschen das Ergebnis, das sich aus der klaren sochlichen Rrüschen kurzsichtigen Interessenstandpunkt aus gestellt wird, sondern das Ergebnis, das sich aus der klaren sachlichen Brüfung und Beurteilung ber Notverordnung felbst ergibt.

An Stelle der seit Jahren geforderten Vermals tungsreform ist ein Gehaltsabbau der Beamten, Wartegelos- und Ruhegehaltsempfänger getreten, der durch seine Staffelung von 4—8 Prozent kaum mehr als eine äußerliche "soziale Fassade" erhält, dafür aber für die Arbeitnehmer in der öffentlichen Wirtschaft sowohl wie für die Arbeitnehmerschaft in der privaten Wirtschaft eine verhängnisv-le Auswirkung zu bringen droht. Der Hinweis der Notverordnung auf die notwensdige Anpassung der Arbeiterlöhne im Reichsbienst und bei den Ländern und Gemeinden ift in seiner Ginseitigkeit deutlich genug. Die Privat-Industrie aber wird nicht zögern, daraus ihre sohnpolitischen Konsequenzen zu ziehen und die Berechtigung ihrer Forderung auf Durchfüh-rung des erlangten weiteren Lohn- und Gehaltsabbaues abzuleiten. Was das an Beunruhigung für das allges meine Wirtschaftsleben und an erneuter Bedrohung und Berschlechterung der Existenz der Arbeitnehmerschaft bedeutet, braucht kaum gesagt zu werden. So kann die Besamten-Gehaltskürzungsbestimmung der Notverordnung nur als eine verfehlte Maßnahme betrachtet werden, die nicht das hält, was in der Frage der Neuregelung der Verwaltung erwartet werden mußte.

Die Arbeitnehmerschaft verschließt sich der Notwen-digkeit gerecht verteilter und sozial berechtigter Opfer zur Ueberwindung der allgemeinen Bolksnot keineswegs. Sie hat das in den verslossenen Jahren wiederholt und unbestritten bewiesen. Sie wehrt sich jedoch mit Recht ge-gen eine ein seitige Ueberbelastung und Benachkeiligung in der Aufbringung dieser ersorderlichen Opfer gegenüber den anderen Bolksschichten. Eine solche aber bedeutet die unterschiedliche Festsetzung der Krissensteuer sür Lohns und Gehaltsempsänger und selbstveranlagte Einkommensteuerpslichtige. Bon einem Mosnatsverdienst bis zu 300,— RN. soll der Lohnsteuerpslichtige 1 v. H. der Einkommensteuerpslichtige nur 0,75 v. H. Krisensteuer zahlen, bei einem Wonatseinkommen bis 400,— RW. zahlt der Lohnsteuerpslichtige 1.5 v. H. der Einkommensteuerpslichtige 1.5 v. H. der Einkommensteuerpslichtige 1 v. H. Die Differenz verschieht sich hai den ainzalnen Nordienstarungen meiter zu schiebt sich bei den einzelnen Berdienstgruppen weiter zu Ungunsten der Lohn- und Gehaltsempfänger, die so in sozial ungerechter Beise erheblich stärker belastet werden, als die anderen Kreise. Die Besteiung der Landwirtschaft von der Krisensteuer (bei einem Einkommen bis zu 6000,— RM.) verschärft noch die unsoziale Tendenz, die in dieser Sonderbelastung der Arbeitnehmerschaft zum Ausdruck kommt. Das Gleiche geschieht durch die unversoriale hältnismäßig hohe Freigrenze für die Doppel-Heranzieshung in der Krisensteuer mit 16 000,— RM. Gehalts-Eins

ist. Auch die Regelung der verordneten Krisenunterstützung stellt darum in der gegenwärtigen Form einen sozialpolitischen Fehlgriff dar.

stellt darum in der gegenwärtigen Form einen sozialpolitischen Fehlgriff dar.

Ohne jede soziale, juristische oder moralische Begrünzdung aber ist der versügte Begrall der Lohnstung dus Kerkattung. Die Frage, woher die Roberordnung das Recht nimmt, 3.5 Millionen von Kanikiseir, Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit betrossenen Wenschen, die zu Unrecht zum Steueradzuge herangezogen wurden, um diese erzwungenen Steuerbeträge von 84 Millionen (1929) zu enteignen, bleibt offen. Mit steuertechnischen Gründen wird dieses offensichtliche Unrecht an den Geschädigten nicht gemildert. Dabei ist darüber hinaus aber auch zu bestürchten, daß der zu Unrecht erfolgte Wegsall der Steuer-Rückzahlung sich automatisch (im Kalle der voraussichtlichen einheitlichen Erhebung von Lohnz und Krisensteuer) auch auf die künstige Krisenschnsteuer auswirkt und so praktisch verdoppelt wird. Die Unshaltbarkeit einer solchen Bestimmung ist offendar.

Um sozial härtesten aber wirkt sich die Rotverordnung aus in der vorgenommenen Ausgabendre. Die Genkung der Unterstühungssähe in der Arbeitslosenzund sernanderstühung um 6,5 bis 14 v. H., die Verlänzerung der Wartezeiten um eine Woche, der Wegsall der Arbeitslosenunderstühung der Gaisonarbeiterz und sonschen Bestimmungen, bedeutet praktisch eine weitere Herabsschraubung des Lebensniveaus der betroffenen Arbeitszlosen, die neue äußerste Opser und in zahlsosen Arbeitszlosen.

bitterste Not zur Folge haben muß und sast siber das Maß des sozial und wirtschaftlich Ertragbaren hinaus-geht. Der angekündigte Druck des Reiches und der Länder auf die Gemeinden wird zwangsläufig zu weiteren Drosselungen auch der Wohlsahrtsauswendungen führen, die Leidtragenden wiederum die Erwerbslosen und deren Ungehörigen fein.

So ergibt sich bei der Betrachtung aller sozialen Besdingungen und Auswirkungen der Notverordnung immer

Der DGB. zur Notverordnung

Ungeredite Destelling der Euften tomaken men om der bei Der Borstand des Deutschen Gewerk- ! schaftsbundes hat sich in einer Sizung mit der Notverordnung beschäftigt. Bei der besonderen Bedeutung der Notverordnung hat der Vorstand des DGB. seine Meinung in der Form einer Entschiefung ausgedrückt. In diefer Entschließung heißt es:

"Die Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931 hat uns megen ihrer Wirkung auf bie foziale Lage der deutschen Arbeitnehmer mit außerfter Besorgnis erfüllt. Das Ziel einer Ganierung der öffentlichen Saushalte wird von der Berordnung in einer rein fiskalischen Beise angestrebt, die nach unserer Ansicht die sozialen Ungerechtigkeiten vermehrt und bie Behebung ber wirtichaftlichen Krise hemmt, statt sie zu fördern.

Der Abbau ber fogialen Berficherungs: leiftungen überichreitet das notwendige Maß und macht in zahlreichen Fällen die Aufrechterhaltung einer menichenwürdigen Lebenshaltung unmöglich.

Die steuerlichen Magnahmen, die der Sicherung bes Haushaltes und der Beschaffung von Mitteln für die Rris fenfürforge und der Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeis ten dienen follen, find in vielen Bunkten wirtschaftlich unzweckmäßig und fogial ungerecht. Gie gehen von ber einseitigen Auffassung aus, daß die Ginkommen ber freien Birtichaft ichonungsbedürftig feien, bagegen bie Einkommen der Lohns und Gehaltsempfänger für den steuerlichen Zugriff eine ungleich hartere Belaftung vertragen. Der 3medt, die Kapitalbildung zu fördern, wird durch diese ungleichmäßige Behandlung der verschiedenen Einkommensgruppen nicht erreicht, dagegen wird eine außerordentlich fogiale Berbitterung über die ungleichmäßige und ungerechte Behandlung hervorgerufen. Das gilt in erfter Linie von der Geft altung ber Rrifen steuer; aber auch die übrigen steuerpolitischen Daß= nahmen muffen ähnliche Wirkungen haben.

Durch den Abbau der fogialen Leiftungenunbourch die ungerechte Berteilung der Steuerlaften auf die verichiedenen Einkommenshezieher ist nach unferer Ansicht ber Grundsag verlegt, daß bie Rot burch gemeinfame und gleichmäßige Anstrengungen aller Bolksichichten bekämpft merben muß.

Gerade, weil wir der Ueberzeugung sind, daß in diefen Zeiten der Rot die Berftellung ftabiler und ausgeglis chener Haushalte der öffentlichen Sand ein dringendes Erfordernis ift, das nur unter Opfern erfüllt werden kann, verlangen wir eine zweckmäßigere und gerechtere, bevolkerungspolitisch vertretbare Berteilung diefer Opfer und kommen, für die eine soziale Berechtigung kaum gegeben | halten deshalb eine Abanderung der Rotverordnung vom

5. 6. 31 in ihren fozial bedenklichen Bunkten für unum: gänglich. Dabei scheint es uns notwendig zu sein, daß viel schärfer, als es bisher versucht worden ist, und über die vorliegende Motverordnung erheblich hinausgehend, die Reform der Berbilligung der gefamten öffentlichen Berwaltung in Angriff genommen wird. Wir find der Meinung, daß auf diesem Gebiete sowohl für den Augenblick wie für die Zuhunft beträchtliche Ersparnisse erreichbar find. Neben einer gerechteren Berteilung ber Opfer und neben einer kräftiger zupackenden Reform der Bermaltung von Reich, Landern und Gemeinden verlangen mir

eine zielbemußte und tatkräftige Fortführung bezeingeleiteten Revision der Reparationsverträge, von dernichtnur die Entlastung des Reichshaushaftes, fondern meitgehend auch die Behebung der Birtfcaftskrife abhängt."

Eine Entschließung der Angestellten-Gewerkschaften

Auch der Gesamtverband deutscher Ange: stellten = Gewerkschaften (Gedag) hat sich in einer Borstandssitzung am 11. Juni eingehend mit der Rotverordnung und ihren Auswirkungen beschäftigt. Es wird anerkannt, daß die Notwendigkeit, das Reich und die offentlichen Körperschaften zahlungsfähig zu erhalten, nicht verwirklicht werden kann, ohne auch die Arbeitnehmerschaft erneut zu belasten. Unbeschabet dieser grundsätzlichen Einstellung ist der Borstand des Gedag der Ueberzeugung, daß die Notverordnung in einer Reihe von wichtigen Bunkten den Boraussetzungen nicht entspricht, die unbeschadet aller finanziellen Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden müffen. Schärfften Widerspruch hat die Tendenz der verschiedenen Behandlung der Arbeitnehmer und der sonstigen Einkommensbezieher, wie sie sich in der Gestaltung der Krisensteuer auswirkt, ausgelöst. Darüber hinaus werden für eine Reihe von einzelnen Punkten Nenderungen und Ergänzungen gefordert, u. a. für die Bestimmungen der Arbeitslofenversicherung der Behördenangestellten. In Uebereinstimmung mit bem Deutschen Gewerkschaftsbund ist der Borftand des Gedag der Ueberzeugung, daß die Rotverordnung ihren Ginn verfehlen würde, wenn nicht in unmittelbarem Anschluß mit allen möglichen Mitteln die Revision der Feindbundverpflichtungen und eine durchgreifende Bereinfachung unferer über Gebühr aufgeblähten öffentlichen Berwaltung in Angriff genommen wirb.

Der Bericht

über die Tagung des Ausschusses des Reichstextilarbeiterrats unferes Verbandes am 6. und 7. Juni in Duffeldorf folgt aus technischen Bründen in der nachften Aummer unfece Zeitung

Die Erwerbslosen in der Notverordnung

Drohende staatspolitische Solgen der Notverordnung

Fr. Die Notverordnung ist eine bittere Pille. Sie ist das schon für die noch im Erwerd Stehenden. Durch Gehaltsabzug oder durch die neueintretende steuerliche Belastung haben diese eine weitere Einkommensschmälerung zu erwarten. Und doch sind die hier in Betracht kommenden Bolksschichten noch nicht am schwersten betroffen. Gewiß, soweit sie nur ein geringes Einkommen beziehen, ist dessen Schmälerung auch für sie empsindlich. Die Bezieher mittlerer und höherer Einkommen aber können die Beslastung ohne irgendwelche Existenzgefährdung tragen. Sie haben am wenigsten Brund zu klagen.

Am härtesten wirkt sich die Notverordnung für die Erwerbslosen aus.

In doppelter Hinschlat. Einmal ist prozentual genommen der Abdau ihrer Unterstützungsbezüge größer als der Abdau der Beamtengehälter und die steuerliche Beslastung durch die Krisensteuer. Letztere beläuft sich sür die Lohns und Gehaltsempfänger auf 1—5 Prozent, sür die Selbstveranlagten nur auf 0,75—4 Prozent. Der Geshaltsabbau der Beamten auf 4—8 Prozent. Die Unterstützungsleistungen an die Erwerbslosen aber ersahren nach Berechnungen, die "Der Deutsche" in seiner Nr. 132 vornimmt, unter Berücksichtigung der Unterstützungssregelung sür die Saisonarbeiter eine durchschnittliche Kürzung um etwa 13 Prozent. Dazu kommt, daß das Sinskommen der Erwerbslosen am wenigsten eine Minderung erträgt. Es lag bisher schon bei Hunderttausenden unter dem Existenzminimum. Daß man trotzem zu diesem weitzgehenden Unterstützungsabbau griff, ist der schärsste Borwurf, der gegen die neue Notverordnung zu erheben ist.

Wir wissen, mit Gefühlsmomenten ist keine Politik zu machen, vermag man insbesondere nicht die fürchters liche Finanznot zu beheben, die wir in Reich, Ländern und Kommunen, aber auch in einzelnen Zweigen der Sozialversicherung zu verzeichnen haben. Wir wissen auch die ungeheuren Widerstände zu würdigen, die sich angesichts der jedes Gemeinsinns daren Einstellung der stimmter Volksschichten einer sozialeren Ausgestaltung der Notverordnung entgegenstemmten. Trotzem muß klar und deutlich gesagt werden,

was man hier den Erwerbslosen zugemutet hat, geht zu weit, verstößt sowohl gegen die Gerechtigkeit als auch gegen die Klugheit.

Daran ändert auch nichts die Tatsacke, daß die in der Notverordnung getroffene Regelung sich im Wesentlichen auf das Gutachten der sogenannten Braunskommission stükt.

Wir sagen, die starke Belastung der Erwerdslosen verstößt gegen die Gerechtigkeit. Wie will man die offenslichtliche Schonung der Selbstveranlagten in der Arisensiteuer gegenüber den Lohn- und Gebaltsempfängern mit dieser Belastung der Erwerdslosen in Einklang bringen? Wit dieser Schonung der Beranlagten will man vermeisden, störend in die sür die Wirtschaftsbildung notwendige Kapitalbildung einzugreisen. Darüber an anderer Stelle. Hier sein nur die Frage ausgeworsen: Muß denn eine stärkere Heranziehung der Veranlagten, insbesondere der höheren Einkommen, die Kapitalbildung beeinträchtigen? Kann diese Krisensteuer von den hier in Betracht kommenden Kreisen nicht auch — zu einem erheblichen Teil wenigstens — durch Einschränkung auf gebracht werden ? Wir dehen halt ung auf gebracht werden? Wir dehen, die Forderung, den Riemen enger zu schallen, müßte sür alle Geltung haben. Jesdenfalls wäre es gerechter gewesen, die Veranlagten im selben Waße zur Krisensteuer heranzuziehen wie die Lohnzund Gehaltsempsänger und basür die Erwerbslosen entssprechend zu entlasten.

Der in diesem Ausmaß ersolgte Abbau der Leistungen der Erwerbslosenversicherung ist aber auch volkspolitisch bedenklich

Wir erwähnten bereits, daß die Masse der Erwerdslosen in ihrem Einkommen teils auf, teils unter dem Existenzminimum liegt. Jede weitere Berschlechtes
rung ihrer Bezüge bedeutet für sie und ihre Familien Existenzgesährdung, führt zur
Unterernährung und damit zur allmähslichen Bernichtung wertvoller Bolkskrast. Dazu kommt, daß sich mit jeder weiteren Berschlechterung der Unterstützungsbestimmungen auch die
mit der riesenhasten Erwerdslosigkeit verknüpsten
staatspolitischen Gesahren verschärfen. Die
durch lange Erwerdslosigkeit und durch manche mit der
Kontrolle und dem Unterstützungsbezug naturgemäß vers
bundenen Plackereien seelisch zermürdter Menschen reas
gieren doppelt stark auf jede Verschlechterung ihrer ohnes
hin ost recht crostlosen Lebenslage. Ihre Berditterung
wächst und läßt sie dann allzuseicht ein Opser radikaler,
die össentliche Ruhe und Ordnung und den Staatsbestand
gesährdenden Strömungen werden.

Diese Gesahr der Radikalisierung ist vor allem bei der erwerbslosen Jugend gegeben.

Sie unterliegt ja auch der besonderen Bearbeitung durch eine skrupellose Agitation rechts und linksradikaser Kreise. Ihr geht in der Regel auch die notwendige Lebensweise ab, um die Hohlheit radikaler Phrasen und Schlagworte zu durchschauen. Um so verhängnisvoller aber muß sich der in der Notverordnung enthaltene Ausschluß der im elterlichen Haushalt sebenden Erwerbslosen bis zu A Jahren vom Unterstützungsbezug auswirken. Er wird der Radikalisierung der Jugend Borschub leisten. Schon aus dem Grunde muß man diese Mahnahmen als außerordentlich bedenklich bezeichnen.

Aber auch aus einem anderen Grunde. Der Unterstützung vermehrt und verschärft die Konfliktsmöglichkeiten im Familienskreis. Nicht immer finden jugendliche Erwerbslofe bei Eltern und den erwerbstätigen Geschwistern Berständnis für ihre unverschuldete Not. Die Klagen Jugendlicher über

mangelnde Rücksichtnahme, über unseine, verletzende Unsspielungen auf ihr Nichtsverdienen sind nicht selten. Das hatte schon manchen tragischen Konslikt zur Folge. Diese zerstörenden Auswirkungen der Erwerbslosigkeit auf Familiensinn und Familiengeist werden sich beim Unterstützungsentzug in verstärktem Maße bemerkbar machen.

Baren solche tiefeinschneibenden Unterftügungsbeschränkungen wirklich nicht zu umgehen?

Beim Aufwersen dieser Frage stößt man wiederum auf den schrossen Gegensatz, der in der unterschiedlichen Behandlung der verschiedenen Bolksschichten zum Auss druck hommt. Während man dem jugendlichen Arbeiter bis zu 21 Jahren trotz gezahlter Bersicherungsbeiträge die erworbenen Unterstützungsansprüche entzieht, wird der Rinderzuschlag der Beamten zwar fürs erste Kind von 20,— auf 10,— Mt. herabgesett, für das dritte und vierte Kind aber auf 25,— Mt. und für das fünste und sechste Kind auf 30,— Mt. erhöht. Gewiß, die sinanziellen Auswirkunsen dieser Erhöhung sind minimal, aber trotzem verträgt sich letztere nicht mit dem rücksichtslosen Abbau der Unterstützungsbezüge für die minderjährigen Erwerbslosen. Nicht Beamtenfeindlichkeit, sondern der Sinn für soziale. Gerechtigkeit ist es, der uns zu diesem Bergleich veranlaßt.

Vergegenwärtigt man sich diese Auswirkungen der Notverordnung, dann muß man der Erwartung Ausdruck geben, daß über letztere das letzte Wort noch nicht gesproschen ist. Jedenfalls gilt es, alles zu tun, um eine gerechtere und erträglichere Ausgestaltung der Notverordnung zu erreichen. Wir wissen, daß das angesichts der gegenwärstigen parteipolitischen Zersahrenheit und der sich widersstreitenden Interessen ungemein schwierig ist. Gibt es doch einslußreiche Kreise, denen selbst der weitgehende Absbau der Unterstützungsleistungen noch nicht weit genug geht. Für die Arbeiterschaft eine ernste Wahnung, unentswegt an der Festigung der eigenen Wachtposition zu arsheiten.

Drastischere Mittel -?

Die Forderungen der Scharfmacher zur Nowerordnung

Die neue Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen bedeutet für die gesamte Arbeitnehmerschaft einen neuen, unerhörten Eingriss in ihre Lebensbedingungen. Der durch wiederholte Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit und Aurzarbeit stark zusammengeschrumpste Stat der Arbeitersamilien kommt durch diese neue Verordnung ganz aus dem Gleichgewicht. Das Opfer, das hier der Arbeiterschaft zugemutet wird, ist so groß, daß kein anderer Stand in seinen Belastungen auch nur im entserntesten an dasselbe heranreicht.

Trot dieser Tatsache muß man es erleben, daß bei der Beurteilung der neuen Kotverordnung in der Dessentlichkeit teilweise gar kein Verständnis für die Schwere der der Arbeiterschaft zugemuteten Opser besteht. Ja, nicht nur dies. Wan geht sogar soweit, die Forderung aufzustellen, die Arbeiterschaft noch stärker zu belasten. So leistet sich die "Kölnische Zeitung" Nr. 307 unter der Ueberschrift "Kritik an der Notverordnung" u. a. solgens den Satz:

"Seute, bei der unverhältnismäßigen Zuspitzung der Krise, reichen diese Resormen nicht mehr aus, man muß zu drastischeren Nitteln greisen."

Gie liebäugeln mit ber "Diktatur"!

Welcher Art diese Mittel sein sollen, lesen wir an einer anderen Stelle dieser Zeitung. Es heißt da:

"Statt des Flickwerks in den sozialen Bersicherungen ist die sosorige Inangriffnahme durchgreifender Ressormen zu verlangen. Dazu gehört vor allem Zusamsmenlegung von Krisenunterstühung und Wohlsahrtssfürsorge unter Einsparungen und Ausnuhung des Berwaltungsapparates der Gemeinden. Diese würde unter anderem auch eine wirksamere Bedürftigkeitssprüsung der Krisenversorgten gewährleisten."

Weil die "Kölnische Zeitung" aber weiß, daß dieses "zu drastischeren Witteln greisen" nicht so ganz leicht ist, unter Umständen sogar schwere Wirren im Gesolge haben kann, deshalb redet sie — wenn auch in versteckter Weise — einer irgendwie gearteten Diktatur das Wort. Sie drückt das solgendermaßen aus:

"Der tiesere Grund der Fehler der Notverordnung liegt darin, daß die Regierung trotz des Artikels 48 zwiel Rücksichten auf parteipolitische Bindungen nehmen muß, die sie an durchgreifendem Handeln vers hindert. Sind solche Bindungen in dieser entscheidenden Zeit weiter tragbar? Wir glauben, daß nur eine entschlußfreiere Regierung die kommenden Dinge meistern kann."

Demnach soll also eine entschlußfreiere Regierung ohne parteipolitische Bindungen das Heft in die Hand nehmen. Aehnlich klang es auch aus den Reden und Entsschließungen von der Tagung des Langnamvereins in Düsseldorf. Nur ging man dort noch weiter und redete einem weiteren Lohnabbau das Wort. Die "Berliner Börsenzeitung" vom 3. Juni brachte einen längeren Arstikel unter der Ueberschrift:

"Ohne weitere Tariflohnsenkung keine Ankurbelung der Birtschaft."

Bei der Aufnahme dieses Artikels in die Börsenzeitung war der Inhalt der Rotverordnung schon ziemlich bekannt. Trohdem sordert das Blatt neben dieser enormen Belastung "Abkehr von der Zwangswirtsichaft der Löhne mit dem Ziel, dieselben dem Gesetz von Angebot und Nachfrage anzupassen"—!

Aus all diesen Berlautbarungen ist klar ersichtlich, daß die Scharsmacher es auf eine völlige Entrechtung der Arbeiterschaft abgesehen haben.

Die Sozialversicherung soll nach ihrem Willen bis zur gänzlichen Wertlosigkeit resormiert, das staatliche Schlichtungswesen und die Tarisverträge abgebaut werden. Diesen Bestrebungen stehen die Gewerkschaften jedoch hirdernd im Wege. Deshalb der Ruf nach dem Diktator. Die Gewerkschaften sollen so mundtot gemacht werden

In einem Augenblick, in dem der Arbeiterschaft die Opser auserlegt werden, deren Tragweite in ihrer Ausswirkung sür die Arbeitersamilien noch gar nicht abzussiehen ist, derartige Forderungen stellen, heißt — Katassiehen ist, derartige Forderungen stellen, heißt — Katassiehen ist, derartige Forderungen stellen, heißt — Katassiehense in Arbeitssiehense Arbeitssiehense an einer Wirtssiehense Jugeben, der Lage ist, ihm trotz sleißiger Arbeit geschnicht, das zu geben, wos er für sich und seine Familie braucht, ein Interesse hat? Ist es für die Arbeiterschaft bei Verswirklichung dieser Arbeitgebersorderungen nicht ein Geswirchen werden werden.

Wirtschaftsordnung einzutreten? Glauben ferner die deutschen Arbeitgeber, die Arbeiterschaft werde mit verschränkten Armen zusehen, wenn sie durch Errichtung einer Diktatur ihre Pläne zu verwirklichen trachten?

Bielleicht spekuliert man in Scharfmacherkreisen auf die Zerrissen heit unseres deutschen Bolkes und bessonders der Arbeiterschaft. Aber täusche man sich nicht! Wenn es sich darum handelt, für die Sicherung der nachsten Existenz einzustehen, dann wird man das Gros der deutschen Arbeiterschaft in geschlossener Abwehr sinden.

— Ist es nicht eine gewaltige Tragik, die in dem gesspannten Berhältnis zwischen Arbeitzeher und Arbeitznehmer liegt. Beide sind auseinander angewiesen, beide von einander abhängig; ist es nicht möglich, sie zu gesmeinsamer Arbeit zur Ueberwindung der Wirtschaftsnot zusammenzusühren? Im Gegenteil. Die gewaltige Notsiage der Arbeiterschaft wird ausgenutzt, um sie immer mehr hörig zu machen. Eine solche Wirtschaftspolitik muß sich einmal bitter rächen!

Wenn selbst in dem Aufruf, den die Reichsregierung mit der Notverordnung gleichzeitig veröffentlichte, gesagt wird, daß die Grenze des für unser Volk Trags baren mit die sen neuen Lasten erreicht sei, so trifft dies für die Arbeiterschaft doppelt zu. Wir sind sogar der Neinung, daß die Grenze des für die Arbeiter Tragbaren bereits überschritten ist. Einzelne Bestimmungen der Notverordnung sind für sie ganz unerträglich. Aufgabe der Gewerkschaften und ihrer Bertreter in den Parlamenten muß es sein, für baldige Resorn derselben zu sorgen.

Reform der Unfallversicherung?

Wir erhalten zur Frage der geplanten Kesorm der Unfallversicherung folgende beachtliche Zuschrift:

Bor einiger Zeit erschienen in verschiedenen Zeitungen Artikel, die mit Sparmaßnahmen in der Krankengen Unfallversicherung sich besaßten. Auch im Reichsarbeitsministerium besaßt man sich dem Bernehmen nach mit diesbezüglichen Plänen. Es ist klar, daß in einer Zeit großer wirtschaftlicher und sozialer Nöte gespart werden muß. Nur dürsen durch diese Sparmaßnahmen die Arsbeitnehmer nicht in ungerechter Weise oder allein bestroffen werden.

Es lassen sich bei der Unfallversicherung gewiß manche Ersparnisse machen. Man kann z. B. darüber streiten, ob es nötig ist, daß man die Unfallversicherung auch auf die Hausmännischen und verwaltenden Angestellten ausgedehnt hat. Der Grundgedanke der Unsallversicherung ist die Versicherung der Arbeiter gegen die Betriebsunfälle, deren Unsallgesahr bedeutend größer ist, als die des tägslichen Lebens. Diese Betriebsunfälle kommen für die kausmännischen und verwaltenden Angestellten nicht in Bestracht.

Dagegen muß der Herausnahme der Wegeunfälle aus der Unfallversicherung energisch widersprochen werden. Der Weg zur und von der Arbeitsstätte gilt mit Recht als Beschäftigung im Sinne der Unfallversicherung; denn er ist die Boraussehung für die Erfüllung des Arbeitsvertrages und so mit diesem verbunden. Die Jahresberichte wiesen allgemein in den letzten Jahren eine Steigerung der Wegesunfälle auf. Van will diese Steigerung auf den immer stärker werdenden Berkehr zurücksühren. Richtiger wäre es, die Ursachen dassür in der erhöhten Arbeitsbeauspruschung zu suchen. Es wäre sehr interessant, einmal sestzustels len, ob die meisten Unsälle auf dem Hins oder Rückweg sich ereignen. Wit welchem Rechte will man dem Arbeitnehmer, der bei der heutigen starken Arbeitsanspannung seine ganze Spannkraft und Ausmerksamkeit für die Arbeit nöstig hat, die Lasten eines Unfalls ausbürden, den er auf dem Wege dahin oder zurück von der Arbeitsstätte erleidet?

Ebenso entschieden muß man sich gegen den nach verschiedenen Berlautbarungen geplanten Wegsall der sos genannten "kleinen" Renten wenden. Für den betroffenen Arbeiter bedeutet oft eine Unsallrente von 10 oder 20 Prozent in Anbeiracht seiner durch den Unsall beträchtlich versminderten Arbeitss und Berdienstmöglichkeit eine ganz bedeutende Erleichterung — für ihn ist die "kleine" Rente eine unentbehrliche Verdienstsergänzung, auf die er angewiesen ist. Ihr Wegsall bringt ihm so eine bittere Bersschärfung seiner ohnehin durch die Minderleistungssähigskeit geschmälerten Eristenz und ist eine soziale Uns gerechtigkeit.

Es lassen sich gewiß Wege finden zur Ersparnis, ohne daß den Arbeitnehmern, die sowieso durch die Wirtschaftsnot schwer betrossen sind, noch mehr Lasten ausgehürdet werden.

Eine unbillige Barte!

Bekanntlich wurden durch das Gesetz vom 12. Juli 1929 alle einschränkenden Bestimmungen bezüglich der Hinterbliebenenrente aus der Invalidenversicherung ausgehoben. Besonders die Bestimmung, wonach eine Witwe, deren Mann bereits vor dem 1. Januar 1912 gestorben war, keine Rente erhalten konnte, kam in Wegsall. Somit erhalten seit Erlaß des obigen Gesetzs alle Witwen von verstorbenen Versicherten Witwenrente, wenn der Berstorbene zur Zeit seines Abledens die Anwartschaft auf Rente erfüllt hatte. Diese Anwartschaft ist erfüllt, wenn 200 Beiträge in der Pslichtversicherung geseistet sind.

Bei der Durchführung dieses Gesetzes ergaben sich insosern Schwierigkeiten, als den Witwen, die sich beim Ableben ihres Gatten die Hälfte der sür ihn geleisteten Beiträge hatten zurückerstatten lassen, die Rente versigt wurde. Durch eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes wurde dann die Frage grundsätlich dahin entschieden, daß durch die Erstattung der Beiträge der Anspruch auf Hinterbliebenenfürsorge nicht ausgeschlossen wird. Damit war dieser Streitfall zugunsten der hinterbliebenen Witwen entschieden.

Neuerdings ergeben sich auf Grund von Artikel 68 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 neue Schwierigkeiten für die Hinterbliebenen. Dieser Artikel 68 hat folgenden Wortlaut:

"Bis zum 31. Dezember 1930 werden auf die Warteszeit für den Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge (§§ 1252, 1278 Kr. 1 der Reichsversicherungsordnung) auch die nach dem Invalidenversicherungsgesetz entrichsteten Beiträge angerechnet. Nach diesem Zeitpunkt kommen auf die Wartezeit nur die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 entrichteten Beiträge in Anrechsnung."

Auf Grund dieses Artikels wird nun den Witwen, die ab 1. Januar 1931 invalide werden und deren Gatten in der Zeit von 1912 bis 1915 gestorben sind — mithin keine 200 Beiträge ab 1. Januar 1912 nachweisen können — die Witwenrente versagt.

Diese Mahnahme bedeutet zweifellos gegenüber diessen Sinterbliebenen eine unbillige Härte. Das Gesetz vom 12. Juli 1929 wollte allen Sinterbliebenen, deren Gatten die Anwartschaft in der Invalidenversicherung erworben hatten, eine Kente sichern. Sier handelt es sich um Berssicherte, die nicht nur ihre Anwartschaft in der Invalidens versicherung vor 1912 erworben haben, sondern die auch bereits Beiträge nach 1912 geleistet haben, in denen eine Kente sür Sinterbliebene einkalkuliert war. Die Sintersbliebenen dieser Bersicherten nun schlechter zu stellen wie die ersteren, ist nicht gerechtsertigt. Es mußer wartet werden, daß der Artikel 68 des Einführungsgesetzt werden, daß der Artikel 68 des Einführungsgesetzt wird und die Sinterbliebenen zu ihrem Recht kommen. Logischerweise hätte die Außerkraftssetzung bereits mit dem Erlaß des Gesetzes vom 12. Juli 1929 ersolgen müssen.

Wir find bereit! - und die anderen?

Ein Kollege aus dem Arbeitsverhältnis schreibt uns: Die Not in unferm deutschen Bolke ist groß. Arbeitslosigkeit und soziales Elend haben ein riesengroßes Ausmaß angenommen. Die Hoffnung, daß bald eine Wendung kommt, droht in vielen Arbeiterfamilien zu erlöschen. Die Möglichkeit jedoch besteht, diese gegenwärtige Krise zu überwinden. Ohne materielle und persönliche Opfer freilich wird es kaum möglich fein, das Elend, welches bei vielen Familien durch die Erwerbslofigkeit her= eingebrochen, zu lindern. Aufgabe der deutschen Bolks= ge fam theit ist es, das Grundfundament des Staates, die bedrängte Familie, zu schützen. In unferm deut= ichen Bolke müßte es eigentlich selbstver= ständlich sein, daß alle Schichten erkennsten, daß nur die gemeinschaftliche Tat aller Bolksschichten die Notund das Elend der Jetzeit beheben kann. Die deutsche Arbeisterschaft hat schon lange die große Berantwortung gegensüber den Erwerbslosen erkannt. Noch ehe Gehalts- und Lohnabbau durchgeführt wurde, hat die Arbeiterschaft schon Opfer gebracht. Leider war das Pflichts und Berantwortungsgefühl nicht bei allen Volksschichten in dem Maße zu finden, wie bei der deutschen Arbeiterschaft. Erstreulich märe es, wenn in den "bessergestellten" Schichten mehr Golidarität gegenüber ben Erwerbslofen und mirtschaftlich Schwächeren gezeigt würde. In Sache Pflicht und Verantwortung kann man viel von der deutschen Arbeiterschaft lernen.

Wenn man bedenkt, daß noch vor kurzer Zeit ein zweisacher Lohnabbau durchgeführt wurde (zuerst wursden die Akkordtarise gesenkt, dann durch Schiedsspruch der zweite Lohnabbau), so kann man verstehen, wie es um die Arbeiterschaft bestellt ist. Troß alledem erkennt die Arbeiterschaft die große Verantwortung. Pflichtzgedanken und Solidarität beherrschen die noch schassende Arbeiterschaft. Die Selbstsucht ist geschwunden. Opfergeist und Tatendrang offenbaren die gemeinschaftliche Verantzwortung, welche die Arbeiterschaft an den Tag legt, um die Riesenausgabe der Gegenwart zu meistern.

Und die anderen? Es gibt in unserm deutschen Baterlande auch noch Menschen, die nur sich selbst zu kennen scheinen. Gie find so sehr auf den eigenen Borteil bedacht, daß es den Anschein erweckt, als ob diese Leute nur allein in Deutsch= land lebten. Das Elend tausender Arbeiterfamilien küm= mert sie sehr wenig. Egoismus und Materialis= mus sind bei vielen Gözen geworden. Mate-rielle Opfer zu bringen, scheint bei ihnen untragbar. Die "wohlerworbenen Rechte" und der Kampf um dieselben scheint vorteilhafter zu sein. Wir verkennen es nicht, daß Beamte der kleineren Kategorien auch nicht auf Rosen gebettet sind. Trothem sind aber noch genug Möglichheiten gegeben, wo Einsparungen gemacht werden konnen. Es könnten deshalb von vielen diefer "Beffergestellten" mit etwas gutem Willen mehr Opfer gebracht werden als bisher. Umso trauriger ist es, wenn Mensichen, die in hoher oder sicherer Stellung sind, in öffents lichen Bersammlungen den Sat prägen: "Die deutsche l

Und wenn Brüning scheitert -?

Fbeli. Die Aushebung der Notverordnung wird von allen Interessentenkreisen verlangt, die von den Bestimmungen irgendwie betrossen werden. Untragbar! So lautet das Urteil der Beamten, der Vertreter von Hansdel, Gewerbe und Großindustrie. Bon diesen Kreisen wird vollständig übersehen, in welch rücksichtsloser, unsozialer Beise mit den Interessen der Arbeiterschaft umgesprungen wird. Darsüber ist an anderer Stelle dieser Nummer näheres ausgeführt. Die Arbeiter haben in erster Linie ein Rechtzur Kritik und müssen in manchen Punksten Aenderungen verlangen.

Mit der allseits gesorderten Ablehnung der Notversordnung und deren Aushebung ist jedoch praktisch nichts erreicht. Die Fehlbeträge in den Haushalten von Keich, Ländern, Gemeinden, Arbeitslosenversicherung und Reichsknappschaft müssen unbedingt gedeckt werden. Es sehlen vor allem die Mittel zur Unterstützung der Erswerbslosen. Einstellung der Unterstützungszahlung des deutet, etwa 10 Millionen Volksgenossen die Existenzmittel versagen, sie dem Hunger überantworten, bedeutet Bürgerkrieg, bedeutet Zerschlagung von Staat und Wirtsschaft. Die Besitzenden werden nicht verhungern, sie wersden ihre Person und weitmöglichst auch ihr Vermögen rechtzeitig über die Grenzen in Sicherheit bringen. Furchtbar werden die Folgen für die Arbeiterschaft sein, wenn durch Entziehung von Kapital und Aufträgen die Bestriebe zum Erliegen kommen, wenn jede Einkommensund Unterhaltungsmöglichkeit sehst.

Ein solches Chaos muß verhütet werden mit Rücksicht auf das arbeitende Bolk. Einen solchen Trümmerhaufen können auch nur Verbrecher, Idioten und politische Hasardäre anstreben. Leider sind weite Kreise unseres Volkes wirtschaftlich und politisch so wesnig geschult, daß sie sich leicht verleiten lassen, nach Rattenfängerweisen zu tanzen und in ihr eigenes Verderben zu rennen.

Gefahr droht der Arbeiterschaft auch von jenen Perssönlichkeiten im Wirtschaftss und politischen Leben, die nach der Macht streben und die Regierung Brüning besseitigen wollen. Es sind dies jene reaktionären rechtsgerichteten Kreise, denen jeder Einssluß und jedes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter verhaßt ist, die das parlamentarische System durch eine Diktatur ersehen wollen.

Das wird von allen weitblickenden Politikern klar gesehen, selbst wenn sie scharfe Gegner der Notverordnung wie der Regierung Brüning sind. Dafür liesert Paul Löbe ein Beispiel. Dieser einflußreiche Mann steht sehr weit links in der sozaldemokratischen Partei und liebt eine recht scharfe Tonart. Er kommt sicher nicht in den Verdacht, verspießert zu sein und "bürgerliche" Politik anzustreben. Er ist sich aber auch der Folgen eines Sturzes der Regierung Brüning für die Arbeiterschaft voll bewußt. Darüber veröffentlicht er im "Vorswärts" — Nr. 265 vom 10. Juni — einen beachtenswersten Aufsatz, aus dem wir nachstehend einen wichtigen Absschnitt im Wortsaut wiedergeben:

"Für jeden, dem die Grenzen der Tolerierungspolitik gekommen zu sein scheinen, ist es gebieterische Pflicht, zu erkennen, was jenseits dieser Grenzen steht. Jeder muß wissen:
bei der Verteilung der politischen Machiverhältnisse im Neich steht jenseits dieser Grenze keine arbeiterfreundliche, keine sozialistische Regierung, auch keine Regierung mit sozialistischer Beteiligung. Es kann ein rechtsgerichtetes Beamtenkabtnett unter dem Schuke Hindenburgs kommen, ein parlamentarisches Kabinett Schiele-Hergt, ein Notverordnungskabinett Hugenberg-Frich, ein Diktaturkabinett unter dem Schuk militärischer Gewalten. Ganz gleich, was davon eintritt, auch wenn es nur die milbeste Form wäre, weil die deutsche Arbeiterklasse nicht überrannt werden kann wie die iralienische: vor jeder neuen Regierung stehen die 1500 Millionen Fehlbetrag, steht die Vijsere der Gemeinden, drohen die weiteren Desizite. Niemand darf glauben, daß am Ende unserer Tolerierung weitere Schädigungen der Arbeiterklasse nicht ein-

Gerade wer in der Regierung das Bollzugsorgan der kapisalistischen Klasse erblickt, weiß, daß keine der oben angessührten Möglichkeiten dem Arbeitslosen mehr geben, den Rentsner weniger schädigen wird, daß keine neue Regierung die Unternehmer an weiterem Lohnabbau zu hindern gewillt ist! Rein, dei allem Widerstand, den wir leisten werden, die nächste Regierung wird diesen Weg mit doppelter Eile gehen als Brüning. Das ergibt sich naturgemäß aus ihrer weiter rechtsgerichteten Einstellung. Die Genossen, welche mit Ungeduld die Acnderung unserer Taktik verlangen, müssen wissen, daß es zunächst noch schlimmer kommen kann, und etwaige Anhänger, die da glauben, daß ihnen unsere Opposition eine höhere Arbeitslosenunterstühung, eine Verbesserung ihrer Lage bringen kann, würden zunächst eine schwere Entfäusschung erleben.

Geht die Entwicklung den schärsten Weg, versucht man Brutalitäten gegen die Arbeiterbewegung, so müssen diese Folgen noch härter werden. Wer den Bürgerkrieg riskiert, wird erst recht nicht die zwei Milliarden Kredit bekommen, die Genosse Ströbel zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft für nötig hielt. Er wird die Wirtschaft in Katastrophen treiben, er reduziert nicht nur die Arbeitslosenunterstützung und alle Renten, er riskiert ihren völligen Zusammenbruch."

So sieht Löbe die Entwicklung. Und er sieht sie richtig.

Ein ungeheures Maß von Verantwortung lastet auf uns christlichen Gewerkschaftlern. Wir wollen die schlimms sten Härten der Notverordnung beseitigt wissen. Wir wollen jedoch unter keinen Umständen der Reaktion zur Macht verhelsen. Dementsprechend haben wir uns einzustellen.

Beamtenschaft steht bald auf der Gehaltsstuse der Wohlssahrtsunterstützten." Menschen, die solches sagen, kennen die Not unserer Arbeitslosen nicht. Vielmehr könnte man solchen Leuten wünschen, mit dem "Gehalt eines Wohlssahrtsempfängers" zu wirtschaften. Skandalös und erstitternd wirken solche Bespräche, wenn Menschen, die ihre Hände leider zum Schaffen nicht mehr regen können, so etwas hören müssen. Nimmt man noch hinzu, wieviel Unzufriedenheit und Leid durch solch lose Jungen in ganz unbegründeter Weise in die Herzen andersgesinnter Menschen hineingetragen werden, so kann man verstehen, daß viele das Leben mit andern Menschen fast unerträglich sinden. Die gemeinschaftliche Berantwortung und die brüderliche Gesinnung zu den Mitmenschen sollte auch in diesen Kreisen mehr zum Vorschein kommen.

Das Verhalten der vielen "Bessergestellten" zeigt uns

Das Verhalten der vielen "Bessergestellten" zeigt uns aber klar und deutlich, daß gewisse Kräfte des Zusammenslebens und der Verantwort ung verdorben sind, Kräfte, die nicht mehr von christlichem Geiste durchdrunsgen, sondern vielmehr entsernt sind. Wiederauf dau und Verantwort ung nach christlichen Grundsähen muß Allgemeingut der deutsschen Volksgesamtheit werden. Gelingt es nicht, sämtliche Bolksschichten zur Berantwortung zu bewegen und die Erkenntnis zu wecken, daß unsere heutige Not eine Angelegenheit des gesamten Volkes ist, dann wird man sich einmal nicht zu beklagen haben, wenn unsser heutiges Staatss und Wirtschaftsleben ein gewaltiges Wachtmittel in den Händen revolutionärer Gegner wird. Nur wenn das gesamte deutsche Volk gemeinsam Opfer bringt, wird es gelingen, die große Ausgabe der Gegenswart zu meistern. Wir, die deutsche Arbeiterschaft, sind trotz der schweren Lage bereit. Wann aber hört das Jamsmern um die "wohlerworbenen Rechte" auf? Es wird die höchste Zeit zum Umdenken!

Die Rationalisierungsmaßnahmen in den Vereinigten Jute-Spinnereien und "Webereien

Werf Benel, Abt. Webergi.

Im Betriebe der Vereinigten Jutespinnereien und -webereien, Abteilung Weberei, war die Mitte des Jahres 1930 das Ein- und Zweistuhlsystem maßgebend. Die Bezahlung der Arbeitsleistung richtete sich nach dem am 9. September 1929 mit der Firmenleitung abgeschlossenen Branchentarif. Danach erhielten die Weber auf Einstuhlssystem männliche 87,7 Pfg., weibliche 59,1 Pfg., auf Doppelsstuhlsystem männliche 91,5 Pfg., weibliche 61,6 Pfg.

Unter diesem System waren die Mitte 1930 insgesamt

289 Personen, und zwar 129 männliche und 160 weibliche, beschäftigt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1930 setzte die Firma mit Kationalisierungsmaßnahmen ein und führte an verschiedenen Stühlen Faden- und Schußwächter ein. Damit verschwand aber das ganze Einstuhlsystem, und heute sind nur noch insgesamt 196 Personen, davon 107 männliche und 89 weibliche, beschäftigt; mithin sind 80 Personen ab gebaut worden.

Besonders stark von dem Abbau sind die Kolleginnen betroffen, die mit 71 Weberinnen, gleich 44,3 Prozent, dem Abbau versielen. Der Lohnsat für Zweistuhlsnstem beträgt nach dem durch Schiedsspruch vom 24. Februar 1931 eingetretenen Lohnabbau ab 2. März 1931 für Männliche 86,4 Pfg., für Weibliche 58,4 Pfg., Jm Jahre 1930 zahlte die Firma pro Stunde an ihre gesamten Weber und Weberinnen 94,56 Reichsmark, und 1931, nach der neuen Regulierung, 51,97 Reichsmark. Das wäre ein Abzug von 42,59 RM., gleich 45 Prozent.

Doch dieser Lohnabzug genügte der Firmenleitung keineswegs. Trothem der Branchentarisvertrag nur Einund 3meistuhlinstem vorsieht, geht fie dazu über und stellt die männlichen Weber vor die Wahl: "Entweder Dreis und Vierstuhlspstem, oder ihr seid entlassen!" Für die Bes dienung des Dreis und Vierstuhlspstems gewährt die Firs menleitung bisher den Akkordstücklohnsatz der Webers innen. Einer Formulierung des Dreis und Bierstuhls spstems innerhalb unseres Branchentaris war die Firs menleitung geneigt, zuzugestehen, und zwar dergestalt, daß sie für die männlichen Weber nur Stundenlohn plus Branchenzulage plus 15 Prozent für Einstuhls, 20 Prozent für Zweistuhls, 25 Prozent für Dreistuhls und 30 Prozent für Bierstuhlsgitem gewähren wollte. Die Gewerkschaften stellten sich auf den Standpunkt, daß, wenn die männslichen Weber vier Stühle bedienen sollen, ihnen zum minsdesten der Akkordstücklohnsat der Weberinnen von zwei Stühlen zu gewähren sei und beantragten, daß bei Dreisstuhlssitem Stundenlahr plus Pranchenzulage pius 45 stuhlsystem Stundenlohn plus Branchenzulage pius 45 Prozent, bei Vierstuhlsystem 60 Prozent gezahlt werden solle. Wenn die Firmenleitung den Vorschlägen der Geswerkschaften nachgekommen wäre, dann würde es mit der Zeit zu dem Verhältnis gekommen sein, daß sie auf den 42er und 52er Stühlen keinen Lohn der männlichen Arbeiter, sondern nur den Lohn der weiblichen zu bezah-len hätte. Aber dieser Lohnabbau genügte der Firmenleitung nicht, und hat fie auf dem Direktionswege versucht, die Notlage der Arbeiterschaft für ihre Zwecke auszunützen und einen weiteren Lohnabbau, über den schon getätigten hinaus, durchzuführen. Würde sie den Bierstuhlwebern den Akkordstücklohnsatz der Weiblichen geben, dann mare zu verzeichnen, daß die Mannlichen einen doppelten Lohn der Weberinnen, mit anderen Worten 2 × 58,4 Pjg., gleich 116,8 Pjg., verdienen könnten, während dieselben heute bei der Durchsetzung des Willens der Firmenleitung auf 93,6 Pfg. zu stehen kommen. Das bes deut et einen Lohnabzug von 23,2 Pfg., gleich 19,8 Prozent. Bedenken wir nunmehr den ersten Lohns abbau in Höhe von 45 Prozent, der durch die Einführung des Zweistuhlsostems entstanden ist, so würde sich bei dies fer neuen Maßnahme der Einführung des Bierstuhlssoftens der Lohnanteil an den Gestehungskosten noch mefentlich mehr fenken.

Ob eine derartige Plahnahme im gegenwärtigen Augenblick der fürchterlichen Arbeitslosigkeit richtig ist, ist eine andere Frage. Sicherlich bedeutet sie eine Versschlimmerung der Arbeitslosigkeit, da in der Jukunst noch weitere Entlassungen durch die Einführung des Dreis und Vierstuhlspstems in die Erscheinung treten werden. Es ist Ausgabe der Arbeiterschaft, sich mit aller Macht gegen diese rigorosen Mahnahmen der Arbeitgeber zu stemmen und mit den gewerkschaftlichen Organisationen zusammenzusstehen, um eine günstigere Regelung, als wie die von der Kirma verlangt, zu erreichen.

Vorsitzenden- und Kassiererkonferenz für die Beschäftsstelle Ettlingen.

Am 9. Mai sand im Gasthaus "Zum Ritter" in Ettlinsgen eine Konferenz sür die Ortsgruppenvorsitzenden und skassierer der Geschäftsstelle Ettlingen statt. Mit Ausnahme der kleinen Ortsgruppen Mannheim und Eberbachwaren sämtliche Vorsitzenden und Kassierer erschienen. Der Borsitzende, Kollege Engelmann, eröffnete um 5 Uhr die Konferenz mit kurzen Begrüßungsworten an die erschienenen Kollegen. Ganz besonders hieß er willskommen den Kollegen Dünnleder vom Hauptvorstand im Dissaldans der Dissaldans stand in Duffeldorf, der gekommen war, um auch einmal mit ben führenden Kollegen in einen perfonlichen Gebankenaustausch einzutreten. Rach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erhielt der Kollege Dünns leder das Wort zu seinen Aussührungen über das Thema:

1. Was ist im Verkehr zwischen Ortsgruppenleitung und

Zentralleitung zu beachten?

2. Die Berbandinvalidenunterstützung.

In nahezu vierstündigen Ausführungen legte ber Rollege an Sand von Darftellungen und praktischen Beispielen dar, wie sich die Geschäfts- und Rassenführung in den Ortsgruppen und im Berkehr mit der Sauptgeschäftsftelle abwickeln soll und wie er sich nicht abwickeln soll. Hauptpunkte der Ausführungen bezogen fich auf den Geld- und Markenverkehr, das Abrechnungswesen, die Kassenrevisisonen und Bücherrevisionen, auf die Behandlung der Unsterstützungsanträge und die Auszahlung der Gelder. Fersner sanden die wichtigsten Bestimmungen des Verbandss statuts eingehende Würdigung, besonders was die Zah-lung und die Höhe der Verbandsbeiträge betrifft. Eine Darstellung der Finanz- und Mitgliederverhältnisse gaben hierzu die Brundlage ab. Das Berbandsstatut musse unter allen Umftanden durchgeführt werben.

Ueber die neu eingeführte Berbandinvalidenunters stügung machte der Kollege Dünnleder nur kürzere Aus-führungen, da bei uns im Albtal der Zentralverband erst im Jahre 1912 gegründet worden ist und dieserhalb am 1. Januar 1932 noch niemand in den Genuß der Unterstützung gelangen wird. Eine gesunde Entwicklung der Finanzen, so führte der Redner aus, sei Grundbedingung für die Durchführung der umfassenden Verbandsaufgaben. In diesem Sinne bat er die Anwesenden, mitzuwirken an der Verwirklichung dieser Grundsätze und schloß damit

feine Ausführungen. In der Diskussion, von der reichlich Gebrauch ge-macht wurde, fanden die Ausführungen des Kollegen Dünnleder eingehende Würdigung, zum Teil aber auch scharse Kritik. Bedauert wurde allgemein die Haltung des Hauptvorstandes in der Beitragsfrage bezüglich der jungeren Mitglieder. Die weltanschaulich noch nicht gefestigten jugendlichen Berufskollegen würden durch diese Haltung nicht gewonnen, sondern gehen in das Lager der freien Gewerkschaften. Dadurch werde unserm Berband manchmal mehr geschadet als genütt. Dasselbe gelte auch für die Anrechnung der Beiträge bei Uebertritten aus anderen Verbänden. Weiter sei zu bedauern, daß die Inva-lidenunterstützung des Verbandes unseren Gründungs-mitgliedern vom Jahre 1912 nicht zugute komme.

In seinem Schlußwort betonte der Kollege Engelmann gegenüber dem Rollegen Dunnleder, daß die Ausdrucks= weise der Albtäler Kollegen manchmal etwas herb sei, der Rern aber sei mindestens so gut wie in anderen Berbands= bezirken auch. Dies beweise auch die Tatsache, daß das Organisationsverhältnis bei uns besser sei als in anderen Bezirken und Gehretariaten. Indem ber Borfigende die anwesenden Kollegen bat, auch in Zukunft an der weiteren Stärkung des Verbandes mitzuwirken, ichlog er um 11 l'hr die Konferenz.

Allgemeine Rundschau

Ilm die Serabsehung ber Bochenarbeitszeit in der indischen

Juteinduftrie.

Begen Mitte des Borjahres hatte die indische Bereinigung ber Jutespinner beichloffen, die burchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 60 auf 54 Stunden herabaufegen, um den allgemeinen Absahschwierigkeiten zu begegnen. Leider erwies sich diese Wahnahme als nicht ausreichend, so daß sich die Lage der Betriebe verichlechterte und man mit einem weitergehenden Beschluß wohl rechnen mußte. Man sah deshalb vor, einen Teil der Betriebe gang stillzulegen, nur noch eine Schicht arbeiten zu laffen und die Arbeilszeit wieder einzuschränken.

Diese in Aussicht genommenen Maßnahmen haben eine steis gende Unzusriedenheit in der Arbeiterschaft hervorgerusen, da nicht allein eine empfindliche Verkürzung der wöchentlichen Löhne eintreten, sondern auch rund 80 000 Arbeiter vollständig erwerbslos würden. Die Gewerhichaften haben beshalb gefordert, daß nur folche Magnahmen ergriffen werden, die den bisherigen Lohn und die Beschäftigung der Arbeiterschaft im bis-herigen Umsange garantieren. Im anderen Falle wird gesor-dert, daß der abgebaute Arbeiter für einen Monat seinen vollen Lohn erhaft, eiwaige Reisekosten in seine Heimat rückvergütet werden und ihm entsprechend der Anzahl der Arbeitsjahre im Betriebe eine Barentschädigung gewährt wird. Eine Stellung-nahme der Arbeitgeber zu dieser Forderung ist bisher noch nicht Dr. de Werth.

Aus der Arbeiterinnenbewegung Arbeiterinnenkurjus in Königswinter.

Bom 13. April bis 9. Mai 1931 fand in Königswinter ein Arbeiterinnenkursus statt. Daran nahmen 28 Arbeiterinnen teil aus alien Berufsverbanden und aus fast allen Teilen Deutschlands. Aus der untersten Südwestecke, wie von der äußersten Nordostecke, aus Süd-, Mittel- und Norddeutschland. Unter den Teilnehmerinnen waren 11 Textilarbeiterinnen.

.Unser Haus", das Haus der christlichen Gewerkschaften, in dem der Kursus abgehalten wurde, war für vier Wochen unser-Heimat. Das schön und geschmackvoll eingerichtete Heim trägt mit Recht den Namen "Unser Haus". Ich glaube wohl sagen zu dürsen, daß jede Kollegin angenehm überrascht war beim ersten Betreten des Haufes. Ganz besonders angenehm waren die Zimmer. Klein, mit nur 1 oder 2 Betten wohnt es fich in ihnen gemütlicher als in größeren Schlassälen. Sie sind modern eingerichtet und haben den großen Vorzug, nichts überflüffiges auf-

juweisen. Mit einem Wort, man war zu Hause. Die Tageseinteilung während des Kurjus war ebenso zweckmöhig wie günitig. Früh morgens ging es bei schönem Metter in den Park zur Morgengymnasiik. Das war stets ein kleines Ber-gnügen sur die Teilnehmerinnen. Für Kolleginnen, die nicht an fundenlanges Sigen gewohnt find, war es eine Bohltat

Der Unterricht selbst war so reichhaltig, daß man sich als einsache Arbeiterin ein wenig anftrengen mußte, um mitzu-

einsache Arbeiterin ein wenig anstrengen mußte, um mitzuskommen und das Gehörte geistig zu verarbeiten. Besonders die ersten Tage waren etwas schwerer, die sich das kleine Hirn an die Filse des Gebotenen gewohnt hatte. Es war doch vieles neu. Dazu kam, daß man verlernt hatte, Schülerin zu sein. Es sind ja doch immerhin schon etliche Jahre her, seit der Schulentlassung. Der Unterricht machte aber doch Freude, ging es doch nicht so schulmeisterlich zu wie in der Schule alter Zeit. Die Unsterrichtsmethode war so gehalten, daß jede Teilnehmerin Fragen stellen konnte, wenn sie etwas nicht recht begriff. Die Gessamtheit der behandelten Themen kann ich hier nicht ansühren, nur die wichtigsten seien hervorgehoben. Die Wirtschaft in ihrer komplizierten Art kennen zu lernen, war wohl eine der schwies komplizierten Art kennen zu lernen, mar wohl eine der schwierigsten Fragen, aber auch um so interessanter. Für uns besonders michtig war die Geschichte und die Entwicklung der Gewerksschaften, vor allem der christlichen Gewerkschaften. Wurde uns doch bei der Behandlung dieser Themen so manches klar, was man vorher nur halb oder gar nicht verstand. Ebenso wichtig und lehrreich war die Behandlung der Arbeiterinnensrage und der

Sozialgeseigebung. Diese Fragen wurden eingehend besprochen. Des weiteren wurden wir belehrt über Gewerbehygiene, deren Zwedi und deren Worteile. An Hand von Anschauungsmaterial murden uns die Schäden und Nachteile ber Arbeit in der Fabrik gezeigt. Wir erfuhren, wie man vorbeugen und ab-

Gerade für die Frau ist es sehr von Borteil, wenn sie über berartige Dinge Bescheid weiß. Bon nicht zu unterschätzendem Wert waren auch die Themen über den Staat und über den Gozialismus, sowie über Arbeitsrecht und Tarifrecht und über die handhabung des Betrieberategeseiges.

Auf einer Lehrfahrt zur "Gepag" und zum Konsumverein "Eintracht" in Röln lernten wir unfer Genoffenschaftswefen näher kennen. Bei der Besichtigung der Läger wurde mir so recht bewust, was die organisierte Wacht vermag. Ich erkannte auch, was der Arbeiterschaft noch zu tun bleibt, um diese Unternehmen zu stärken und zu sestigen. Bei der zweiten Lehrsahrt nach Maria Laach kamen wir nicht so ganz auf unsere Rechnung. Die Bessichtigung der Anlagen siel ins Wasser, denn es regnete in Strösmen. Schade, denn die ökonomischen Anlagen bes Klosters sind sehenswert. Auch die Fahrt selbst ist ein Erlebnis, besonders bei einigermaßen günstigem Wetter. Der Wettergott war uns aber nicht hold. nicht hold.

Neben ernster Arbeit kamen aber auch Frohsinn und Wanberluft zu ihrem Rechte. Un ben unterrichtsfreien Sonntagen ging es hinaus in Gottes weile Natur. Bei der Befichtigung der alten Ruinen und Festen am Rhein lernten wir noch ein Stück deutscher Geschichte kennen. Wer mit offenen Augen die Gegend durch-streifte und zu lesen verstand in dem große Buche ber Natur, sah auch hier ein Stuck Beschichte.

Doch nur allzuschnell waren die vier Wochen um. Bald hieß es Abschied nehmen von den Kolleginnen, den Lehrern und von "Unfer Saus" Der Abschied fiel nicht leicht, hatten wir nun boch vier Bodjen miteinander gelebt und uns gegenfeitig auch etwas angefreundet.

Die Teilnehmerinnen sind nun wieder in alle Himmelsrichtungen des lieben deutschen Baterlandes zerstreut. Jede wieder bei ihrer Berufsarbeit in der Heimat. Jeht gilt es dort in stiller Rleinarbeit das in die Tat umgusegen, war wir in Königswinter gelernt haben.

Gin Bort des Dankes darf nicht vergeffen werden. Dank ben Lehrern, die uns unermublich und mit unendlicher Bebuid in diefen Bochen unterwiesen und die bestrebt maren, uns die behandelten Themen so verständlich als möglich zu machen, was oft nicht gang leicht war, Anna Schwarz.

Aus der Jugendbewegung Apaus.

Am 10. Mai unternahm die Jugendgruppe unseres Verban-des eine Wandersahrt nach Bocholt. 33 junge Gewerkschaftler hatten trok des schlechten und unbeständigen Wetters sich ihrem Stahlroß anvertraut. Mit einem munteren Liede begann die Kahrt, die nns über Wüllen, Stadtlohn, Gudlohn, Deding, Groß-Burlo nach Bocholt führte. Kurz hinter Ahaus mußte schon die erfte Banne behoben merben. Beim Ralkwerk hinter Stadtlohn gab es die zweite Imongspause zur Behebung einer neuen Panne, Jedoch viele hilfsbereite Hände machten auch diese Baufe hurz. Die zugerufenen guten Bünfche beim Durchfahren der verschiedenen Orischaften belebten uns mit frobem Ginn und gutem Mute. Schön war die Fahrt von Südlohn über den Fuß-pfad nach Deding. Zeitig schon winkte Groß-Burlo mit seinem alten und ehrwürdigen Klostertürmchen herüber. Jedoch ohne Baufe ging es weiter. Der schönste Teil des Beges wartete unfer. Großartig war die Fahrt an der Grenze des Burloer- und Barbingholder Benns entlang. Schönere Wanderwege gibt es nicht. Eine Stunde dauerte diese Kahrt durch herrlichen Bald, an Bauerngehöften, Wiesen und kleinen Bachen vorbei, bis zum Stadtpark in Bocholt. Bei unserer Ankunft in Bocholt läuteten gerade die Glocken den Sonntag ein. Mit fröhlichem Gesang durch Bocholts Strahen wurde die Jugendherberge erreicht. Schnell waren Schweiß und Staub abgewaschen und alle Schlafplage belegt. Tüchtig murde bann Mutters eingepachten Stollen zu Leibe gegangen, hatte doch die lange Fahrt für Appetit gesorgt. Frisch und gestärkt ging es dann zum Paulushause, wo uns die Jugendgruppe von Bocholt erwartete. Sie hat uns einen sehr schönen Abend bereitet. Borlesungen unserer Arbeiterdichter. Ansprachen, Bortrage und Lieber boten uns reichliche Erholung und brachten die richtige Stimmung. Um 10,30 Uhr waren wir wieder in ber Jugendherberge. Jeder erhielt feine Decke und seinen Schlaffack. Manch munteres Wort flog von Stube zu Sinbe bis der Schlaf Sieger murde.

Am nächsten Morgen murbe ber lette Schlaf mit Baffer vertrieben. Rach einem kurzen Spaziergang ging es zur St. Georgskirche. Rach ber hl. Meffe bewunderten wir das wieder hergestellte Raihaus. Ein herrliches, schönes Bauwerk des Dittelalters. Eine kurze Rast wurde auf dem Berbandsbüro gemacht und dann die Webschule besichtigt, der eigentliche 3weck unserer Fahrt. Hei, wie da unsere Augen glänzten, als unter fachmannischer Leitung des Gewerbeoberlehrers Geren Lammers die Einrichtungen und einzelnen Maschinen erklärt und in Betrieb gezeigt murben. Alle Webstuhlarten maren zu sehen, vom gewöhnlichen Ressels bis zum allermodernsten Jacquards und Frottierstuhl. Sogar die neuesten Automatenstühle konnten wir in Tatigkeit seben. Mancher von uns dachte: "Benn man dieses auch alles lernen könnte. Zwei Jahre dauert die Ausbilbung bis jum Bebmeifter. Die Tätigkeit der verschiedenen Bebstühle gab uns einen klaren Beweis, wieweit die Technik in der Textilindustrie vorgeschritten ist. Die Tätigkeit des Schützenwechsels sowie die Herstellungsart der verschiedenen Muster war uns allen etwas Reues. Sogar Spulmaschinen nebst Scherrahmen Bum Tertigstellen der Retten waren vorhanden. Auch die Unterrichtszimmer waren schön und zweckmäßig eingerichtet, um ben Schuler als Fachmann und Spezialist auszubilden. Ueberaus dankbar erkannten alle die liebenswürdigen und überaus praktischen Erklärungen der Kührer (zum Teil selbst Webschüler) unter Leitung des Herrn Lammers an. Ihnen nochmals unsern herzlichsten Dank!

Im Arbeitervereinshause St. Josef wurde von einigen dann probiert, ob nach dem Erlebten es noch möglich fei, "Alle neun" gu werfen. In der Jugenöherberge zeigte unfer Gerhard dann seine Geschicklichkeit im Zubereiten von Gerspeisen. Auch mußten Mutters lette Bulterbrote uns die Stärkung für die Beimfahrt geben. Froh von bem Gesehenen, wurde die Fahrt zur bei-

mat angetreten. Hevrlich war das Wetter, und der Gesana durch bie Gtadt zeigte, daß alle guter Dinge maren. Bon weitem faben wir schon die Rheber Kirche und das neue Krankenhaus. Um Ausgang des Dorfes wurde Rast gemacht und tüchtig Mutter Nienhaus' selbstgebackenem Stuten zu Leibe gegangen. Hoffentlich ist die Aufnahme, die unser Heinrich gemacht hat, gegliicht. Wir hatten dann ein bleibendes Andenken an die dorige Halte-Bir hätten dann ein bleibendes Andenken an die dorige Haltesstelle. Froh und munter ging es weiter, an der Bardingholder Schule vorbei, nach Groß-Burlo. Das Leben dort zeigte, wie allgemein dieser Ort als Ausslugsort beliebt ist. Schon bald ging's mit frohem "Heil" am Grenzstein in unsern Heimatkreishinein. Bon weitem schon winkte aus des Waldes Grün das Kirchlein von Oeding herüber. Ueberall begegneten uns Wanderslustige zu Fuß und Rad, frohe Grüße mit diesen und der muntere Gesang machten uns die Fahrt leicht und kurz. Zwischen Südsohn und Stadtsohn nochmals eine kurze Pause. Billig und gut erhielten wir von einem Landwirt Milch, wodurch der Durst vald gelöscht war. Schon bald sahen wir im Blumenschmuch der Obstbäume Stadtsohn liegen. Jedoch unsere Räder liesen wie ges Obstbäume Gladtlohn liegen. Jedoch unfere Raber liefen wie ge= schmiert, und balb lag es hinter uns. Beiter ging es der heimat zu. Aus dem Blättergrün des Waldes und der bluhenden Obstbäume kam unsere Seimatstadt gar bald zum Borschein. Endlich war's erreicht, und mit einem frohen Liede waren wir an unferm Abfahrtspunkt angelangt.

Wir haben eine frohe, schöne und sehrreiche Fahrt hinter uns. Herrlich die Natur, das saftige Grün der Wiesen und Baume, unterbrochen vom Blutenschmuck ber Obstbaume, das amifchen die kleinen Städte und Dorfer, alles erfreute eines jeben Herz. Hierzu die überaus lehrreichen und angenehmen Stunden in Bocholt, das werden wir nie vergessen. Mit einem aus dem Berzen kommenden "Berbandsjugend Seil" murde die denk-Berhard Beilen. milroige Fahrt beichloffen.

Berichte aus den Ortsgruppen

Grünberg/Schl. Ferien aus flug. Am Mittwoch nach Pfingsten unternahm die Ortsgruppe Grünberg einen Ausslug in den Oderwald. Trefspunkt war der Glasserplaß, von wo ein Teil bereits um 6 Uhr morgens, der andere 8,30 Uhr per Auto nach dem Oderwald gebracht wurde. Wenn auch diese Fahrt mit ein wenig "Staubschlucken" verbunden war, so nahmen doch die erwartungsstrohen Teisnehmer gerne das kieine Ungemach hin und wurden auf der Wanderung zum Lagerplaß durch den morgenjungen Wald, auf noch taufrischen Wegen reichlich dafür entschädigt. Die Oder hatte wieder etwas Hochwasser, aber wir hatten doch Glüch, bald bligte weißer Sand auf und lockte erssolgreich die fröhlichen Ausslügler ans User der Oder. Jeder machte es sich leicht und bequem. Decken wurden ausgebreitet, machte es sich leicht und bequem. Decken wurden ausgebreitet, Rucksäcke und Taschen ausgepackt. Selbswerktändlich waren es die Kleinen, die zuerst am niedrigen Ufer im Baffer platscherten, deren Beispiel aber die Großen nur zu gerne und bald solgten, meinte es die Sonne doch am frühen Morgen schon gut und da war die wonnige Kühle des Wassers eine wahre Erfrischung. Schnell waren während des lustigen Getümmels im Wasser, mit Erzählen und Singen die Morgenstunden hingegangen. Die meissten ruhten wohl ein wenig und gaben sich ganz dem Gefühl des Wohlbehagens in der Sonne, im Wald und im Wasser hin, in dem Bewußtsein: Ferien — Freiheit! Der Nachmittag brachte noch gesmeinsame Spiele Singen und die perschiedensten Belustigungen meinsame Spiele, Singen und die verschiedenften Beluftigungen Zum Schluß richtete unser Geschäftsführer, Kollege Göfling, noch einige Worte an die Teilnehmer. Er führte aus: Der Kampf um die Ferien wird von Jahr zu Jahr schwerer. Die Arbeitgeber versuchen mit allen Mitteln den Arbeitern ihre kurzen Ferien zu nehmen. Angestellte und Beamte haben Ferien, hat da nicht auch der unermudlich schaffende Arbeiter Anspruch auf einige Tage Erholung? Die driftlichen Gewerkschaften, die stets für ausreichende Ferien eingetreten sind, werden mit aller Entschiedenheit die Rechte der Arbeiterschaft zu wahren wissen. Unsere Parole aber heißt: Mit geschlossener Front unter das Banner der christlichen Gewerkschaften! — Nach gemeinsamen Schloslied wurde die Heimsahrt angetreten.

E. P.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Notverordnung! - Der DGB. gur Notverordnung. — Die Erwerbslosen in der Notverordnung. — Drastischere Mittel? — Resorm der Unfallversicherung. — Eine unbillige Härte. — Wir sind bereit! — und die anderen? — Und wenn Brüning scheitert? — Die Nationalisierungsmaßnahmen in den Bereinigten Jute-Spinnereien und -Webereien. - Vorsigendenund Kassiererkonserenz für die Geschäftsstelle Ettlingen. — Alls gemeine Rundschau: Um die Herabsetzung der Wochensarbeilszeit in der indischen Juteindustrie. — Aus der Arbeis terinnenbewegung: Arbeiterinnenkursus in Konigswinter. — Aus der Jugendbewegung: Ahaus. — Bestichte aus den Ortsgruppen: Grünberg/Schl. — Inserate.

Schriftleitung: Otto Maier, Duffelborf, Floraftr. 7.

Schöne weiße Zähne

Auch ich möchte nicht verfehlen. Ihnen meine größte Anerkennung und vollste Zufrledenheit über die "Chlorodont-Jahnpaste" zu übermitteln. Ich gebrauche "Chlorodont" schon seit Jahren und werde ob meiner schonen weißen Jähne ost beneidet, die ich letzten Endes nur durch den täglichen Gebrauch Ihrer Chlorodoni-Zahnpaste erreicht habe. C. Reichelt, Sch. . . . Wan verlange nur die echte Chlorodoni-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und weise jeden Ersah dafür zurück.

Gegen Kühneraugen

Hornhaut, verdicke Hornschwielen an Händen und Führen hat sich "Leolin" als sauberstes und bequemsies Wittel zur gründlichen Beseitigung aller harten Hautwucherungen bestens bewährt. Padung für mehr-maligen Gebrauch mit genauer Gebrauchsanweisung 60 Bf. In allen Chlorodont-Berlaufsitellen zu haben.

ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers

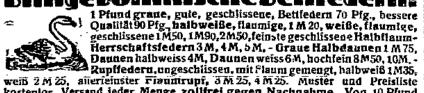


📂 Aloster Jubersborfer Riofter Indersdorfer

eil-1111d Bund albe altbewöhrt
als rasch heisendesund schmerzstillendes Mittel
bei offenen Küßen, atten, schlecht heilenden
Bunden, Krambsadergeschwären, dämorrhoiden.
1 Dose KM. 1,25, 4 Dosen RM. 4,50.
Riofterapothete Kloster Judersdorf 23 Oberbah.
Gewerkschaftsucriag

Bezieht

Großer Preisabbau! iaeböhmischeBettfedern!



kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an franko. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück. S. Benisch, in Prag XII, Amerika ulice Nr. 710, Böhmen